

Krise des Marktes? Krise der Arbeitsteilung!

Zur Problembeschreibung der Corona-Pandemie im Lichte der Klimakrise

1. Einleitung

Auch wenn die historische Tragweite der Corona-Krise noch nicht absehbar ist, so zeichnet sich eine Sache bereits klar ab: Die Corona-Pandemie demonstriert, dass im Zuge von Neoliberalismus und Globalisierung ökonomische Grenzen überschritten worden sind. Vom Standpunkt des Neoliberalismus aus mag es klug erscheinen, strategische Güter wie zum Beispiel Atemmasken oder Schutzkleidung über den Weltmarkt zu beziehen, statt sie im Inland herzustellen. In der Pandemie zeigt sich allerdings, dass für diese Entscheidung ein hoher politischer und ökonomischer Preis zu zahlen ist. Ebenso mag es aus neoliberaler Sicht sinnvoll sein, ErntehelferInnen aus Osteuropa bedarfsweise zu »importieren«, um heimisches Obst und Gemüse kostengünstig(er) ernten zu können. In der Pandemie zeigt sich, dass dieses Geschäftsmodell auf Voraussetzungen beruht, die in Zeiten der Pandemie nicht mehr gewährleistet werden können. Und es mag im Sinne des neoliberalen Wirtschafts- und Gesellschaftsmodells sein, wenn der Lohn von Krankenschwestern möglichst gering ist, sodass die Kosten im Gesundheitssystem gesenkt und somit die Sozialversicherungen entlastet werden können. Die Corona-Krise demonstriert, dass diese Politik eine optimale Bekämpfung der viralen Ausbreitung verhindert. Denn: Da das Gehalt von Krankenschwestern nicht ausreicht, um eine Familie zu ernähren, müssen ihre (in der Regel: männlichen) Partner weiterhin Erwerbsarbeit leisten, und somit ihre Kinder weiterhin außer Haus betreut werden. Dadurch wird wiederum die Arbeitskraft von Erzieherinnen gebunden, deren Gehalt ebenfalls nicht ausreicht, um eine Familie zu ernähren, weswegen auch ihre Partner weiterhin arbeiten gehen müssen und somit ihre Kinder ebenfalls fremdbetreut werden müssen; zusammen mit den Kindern der Reinigungskräfte, die für die Hygiene in Krankenhäusern und Kindertagesstätten zuständig sind und deren Gehalt so niedrig ist, dass ihre Partner usw.

Diese Beispiele illustrieren, dass das neoliberale Gesellschafts- und Wirtschaftsmodell nicht besonders gut auf Pandemien vorbereitet ist (obwohl es deren Entstehung durch die immanente Tendenz zur Globalisierung begünstigt). Es ist daher absehbar, dass Vertreter von nationalistisch-autoritärer Politik versuchen werden, die Corona-Krise zu nutzen, um ein Loblied auf eine deglobalisierte, durch einen starken Staat gesicherte Volkswirtschaft anzustimmen; und es ist zu befürchten, dass ihr Lied aufgrund der weit verbreiteten Sehnsucht nach Normalität bei nicht wenigen verfängt. Ein Zurück zur uns bekannten *Normalität* kann es jedoch nicht geben – egal, ob darunter die untergegangene Welt des Fordismus gemeint ist (»Make XY great again«) oder die neoliberale Welt unmittelbar vor

Corona. Denn schließlich ist es diese Normalität gewesen, die uns dahin geführt hat, wo wir jetzt stehen: inmitten einer pandemisch bedingten Krise, die von einer weiteren, weitaus bedrohlicheren und bislang nicht bewältigten Krise überschattet wird: dem fortschreitenden Klimawandel.

Eine der politischen wie intellektuellen Herausforderungen des Augenblicks scheint darin zu bestehen, für die Probleme der Corona-Krise nachhaltige Lösungen zu finden, sprich Lösungen, die zugleich dazu beitragen können, die Klimakrise zu bearbeiten. Da das Auffinden von Problemlösungen unmittelbar von der richtigen Problembeschreibung abhängt (vgl. Dewey 2002: 135; Jaeggi 2014: 396), besteht eine der wesentlichen Aufgaben für die wirtschaftsphilosophische Reflexion darin, sich darüber Gedanken zu machen, welche Problembeschreibung der Corona-Pandemie im Lichte der Klimakrise angemessen ist. Im Folgenden werde ich zwei solcher Beschreibungen vorstellen – nämlich die Darstellung der Corona-Pandemie als Krise des Marktes bzw. als Krise der Arbeitsteilung – und dafür argumentieren, dass wir die Corona-Pandemie als Krise der Arbeitsteilung begreifen sollten, wenn wir Lösungen finden wollen, die verhindern, dass aus dem fortschreitenden Klimawandel eine Klimakatastrophe wird (vgl. Read/Alexander 2020).

2. Die Corona-Pandemie als Krise des Marktes

In der politischen Philosophie angelsächsischer Provenienz ist in den vergangenen Jahrzehnten intensiv über die *Grenzen des Marktes* nachgedacht worden (vgl. Anderson 1993; Walzer 2006; Radin 1996; Satz 2010; Sandel 2012). Welche Güter dürfen auf Märkten gehandelt werden? Welche anderen Güter und Dienstleistungen sollten stattdessen vor der Vermarktlichung geschützt werden? Diese Fragen stehen im Zentrum eines Diskurses, den man Kommodifizierungsdiskurs nennen kann und der nicht zuletzt aufgrund seiner relativen Bekanntheit dazu einlädt, die Corona-Pandemie als Krise des Marktes zu beschreiben.

Vom Standpunkt dieses Diskurses aus erscheinen die mit der Pandemie einhergehenden Probleme als Resultat einer Grenzüberschreitung: Im Zuge von Neoliberalismus und Globalisierung ist der Markt in gesellschaftliche Bereiche vorge drungen, die eigentlich nicht marktwirtschaftlich organisiert sein sollten; die Logik des Marktes ist auf Güter angewendet worden, die eigentlich nicht als Waren behandelt werden sollten. So erscheint das Problem der osteuropäischen ErnehelferInnen als Ausdruck eines falschen Umgangs mit der Ware Arbeitskraft. Der Lösungsvorschlag, der mit dieser Problembeschreibung einhergeht, besteht darin, menschliche Arbeitskraft als eine besondere Ware aufzufassen, die nicht kreuz und quer durch Europa geschickt werden darf, sondern deren Kommodifizierung durch Mindestlöhne und arbeitsrechtliche Regularien relativiert werden muss. Das Problem der Krankenschwestern erscheint in einem ähnlichen Licht: Der Neoliberalismus hat dafür gesorgt, dass die öffentliche Gesundheitsversor-

gung fälschlicherweise für ein Gut gehalten wurde, dessen Quantität und Qualität am besten durch den Wettbewerb zwischen privatwirtschaftlich geführten Krankenhäusern reguliert wird. Entsprechend dieser Problembeschreibung würde die Lösung darin bestehen, Gesundheit wieder als öffentliches Gut wertzuschätzen und in der Folge die Löhne der Krankenschwestern zu erhöhen. Auch der Fall der fehlenden Schutzkleidung erscheint vor dem Hintergrund dieser Problembeschreibung als Folge eines Irrtums, nämlich als Resultat der Behandlung von strategischen Gütern als gewöhnliche Ware, die über den Weltmarkt zu beziehen ist. Entsprechend besteht die Problemlösung darin, entweder starke ökonomische Anreize für die heimische Produktion von solchen Gütern zu setzen oder deren Produktion gleich zur staatlichen Aufgabe zu machen.

Allerdings besitzt der Kommodifizierungsdiskurs einige grundlegende theoretische Schwachstellen und scheint insgesamt ungeeignet zu sein, um mit Lösungen für die Corona-Krise aufzuwarten, die auch der Klimakrise angemessen sind.

2.1 *Blinder Fleck »Haushalt«*

Der Kommodifizierungsdiskurs ist marktzentriert und steht somit im Bann des Irrglaubens, dass Wirtschaft und Markt synonym sind. Insbesondere von feministischer Seite wurde immer wieder darauf aufmerksam gemacht, dass solch eine Gleichsetzung von Wirtschaft und Markt ausblendet, dass ein wesentlicher Bereich der Wirtschaft nicht marktförmig organisiert ist – unter anderem jener Bereich der Reproduktionsarbeit, der (in der Regel) von Frauen im Haushalt geleistet wird und ohne den die Wirtschaft in ihrer marktförmigen Gestalt nicht existieren könnte (vgl. u. a. Waring 1989; Federici 2012). Der Kommodifizierungsdiskurs reproduziert diesen blinden Fleck. Selbst wenn Fragen der Reproduktion und der Sexualität explizit diskutiert werden, geschieht dies unter der Fragestellung, ob diese Dinge (Eizellen, Sex etc.) auf dem Markt gehandelt werden dürfen oder nicht (vgl. Satz 2010: 115–153; Anderson 1993: 154–156).

Im Fall der Corona-Pandemie führt das Übersehen des Haushalts als eigenständige ökonomische Sphäre zu einer Verkürzung der Problembeschreibung. Beispielhaft zeigt sich dies in der Diskussion des drohenden Krankenschwester-Mangels. Im Kommodifizierungsdiskurs erscheint als ein Problem des Marktes, was in Wirklichkeit ein Problem der Verflechtung von Markt und Haushalt ist. Dass mit der Arbeitskraft der Krankenschwestern nicht mehr gerechnet werden kann, sobald Institutionen der nicht-familiären Care-Arbeit wie Kitas oder Schulen nicht mehr zur Verfügung stehen, hat nichts mit der Privatisierung der Krankenhäuser zu tun, sondern mit der Tatsache, dass die Hauptlast familiärer Care-Arbeit von weiblichen Schultern getragen wird. Wären Männer für Küche und Kinder zuständig, hätte es wenig Grund zur Sorge gegeben, dass Krankenschwestern durch die

Schließung von Kitas und Schulen daran gehindert werden, ihrer Arbeit nachzugehen.¹

2.2 Warenfetisch

Die Marktfokussierung des Kommodifizierungsdiskurses bewirkt, dass hier eine sozialontologische Beschreibung des Ökonomischen reproduziert wird, die Karl Marx als *Warenfetisch* beschrieben hat (vgl. Marx 1969 [1867]: 85–98). Kurz gesagt besteht die Eigenart dieser Beschreibung darin, dass sie die *sachliche Erscheinungsweise* des Ökonomischen für bare Münze nimmt, statt darin den Ausdruck der zugrunde liegenden gesellschaftlichen Verhältnisse zu sehen. Der Preis wird als eine Eigenschaft der Ware wahrgenommen, statt ihn als Ausdruck der in der Gesellschaft herrschenden Produktionsverhältnisse zu entziffern. Es gilt als Eigenschaft der Sache, was eigentlich Ausdruck eines Verhältnisses ist.

Dieser Kategorienfehler, der sich – wie Marx in Anlehnung an Immanuel Kants Kritik der transzendentalen Dialektik feststellt – in einer Waren tauschenden Gesellschaft zwangsläufig einstellt, lebt im Kommodifizierungsdiskurs fort, insofern hier ebenfalls *einzelne Güter* daraufhin befragt werden, ob sie gerechtfertigterweise als Ware gebraucht werden oder nicht, ohne dabei den gesellschaftlichen *Gesamtzusammenhang* in den Blick zu nehmen.² Solch eine fetischisierte, weil auf atomisierte Dinge (statt auf Zusammenhänge) fixierte Analyse kann daher nicht über die Erkenntnis hinauskommen, dass dem Markt eine Tendenz zur Kolonialisierung eingeschrieben ist, er also *alle* Güter wie Waren behandeln will. Dass solch eine umfassende marktwirtschaftliche Gebrauchsweise falsch ist, liegt auf der Hand und kann anhand von offensichtlich nichtökonomischen Gütern – wie politischen Ämtern, Bildungsabschlüssen etc. – leicht demonstriert werden (vgl. Walzer 2006: 157–161). Komplizierter und anspruchsvoller wird die Diskussion bei Gütern, deren nichtökonomischer Charakter umstritten ist (wie z. B. bei Organen, Wartezeiten, sexuellen Dienstleistungen usw.). Dürfen diese Güter wie gewöhnliche Waren behandelt werden, müssen sie als besondere Waren gehandelt werden oder dürfen sie gar nicht zur Ware werden? Es kommt mir an dieser Stelle nicht auf die einzelnen Argumente an, mit deren Hilfe über diese Fragen verhandelt wird. Entscheidend für den vorliegenden Zusammenhang ist die Feststellung, dass der Kommodifizierungsdiskurs – egal, wie er diese Fragen konkret beantwor-

1 Um die naheliegende Frage, warum Männer nicht (zumindest) in dieser Situation die familiäre Care-Arbeit übernehmen, gar nicht erst aufkommen zu lassen, konzentrierte sich die öffentliche Diskussion auf den Fall der alleinerziehenden Krankenschwester.

2 Diese Reproduktion des Warenfetischs innerhalb der Theoriebildung geht mit einer Umdeutung des Marx'schen Theorems einher: So behauptet Elizabeth Anderson, dass die Idee des Warenfetischismus darin besteht, dass wir Gütern »powers and values« zuschreiben, die eigentlich »in relations among people« (Anderson 1993: 71) zu finden sind. Und Michael Walzer behauptet, dass der Warenfetisch meint, dass wir Konsumgütern (dank der Werbeindustrie) Bedeutungen zuschreiben, »die weit über ihren erkennbaren Gebrauchswert hinausreichen« (Walzer 2006: 164).

tet – den fetischisierten Blick auf die Wirtschaft grundsätzlich reproduziert, also das Ökonomische als eine Ansammlung von einzelnen Waren annimmt, ohne die darin zum Ausdruck kommenden, gesellschaftlichen Verhältnisse in den Blick zu nehmen. Dementsprechend kommt der Diskurs über eine *juridisch-kasuistische Kritik* des Marktes nicht hinaus.

2.3 *Juridisch-kasuistische Kritik*

Die kritische Absicht des Kommodifizierungsdiskurses besteht darin, *Grenzüberschreitungen* festzustellen und rückgängig zu machen. Die Kritik folgt daher einem juridisch-kasuistischen Muster: Einzelne Fälle von Kommodifizierung (Bildung, Gesundheit, Sexualität, Organhandel, Leihmutterschaft etc.) werden daraufhin befragt, ob die darin zum Ausdruck kommende marktwirtschaftliche Gebrauchsweise eines Guts gerechtfertigt ist oder nicht. Durch den Nachweis ihrer Überschreitung ergibt sich die Bestimmung der Grenzen des Marktes. Solch eine juridisch verfahrenende Kritik, die sich nach kantischem Vorbild darauf beschränkt, Gesetzesübertretungen festzustellen, kann das Gesetz als solches nicht infrage stellen. Soll heißen: Der Markt und die marktwirtschaftliche Gebrauchsweise von Gütern selbst sind nicht Gegenstand der Kritik (vgl. Walzer 2006: 169; Sandel 2012: 18; Anderson 1993: 166). Entsprechend begrenzt ist das utopische Potenzial des Kommodifizierungsdiskurses: Sich eine Gesellschaft *ohne Markt* vorzustellen, liegt außerhalb der Reichweite der theoretischen Fantasie. Höchstens kann im Rahmen dieses Diskurses die Frage aufgeworfen werden, inwiefern der Markt einen kapitalistischen Charakter haben *muss* und ob nicht weite Teile des Marktes (z. B. Wohnungsmarkt, Nahrungsmittel, Daseinsvorsorge) ohne Rückgriff auf kapitalistische Prinzipien (Wettbewerb, Profitstreben, Lohnarbeit etc.) organisiert werden könnten. Tatsächlich scheinen solch weitreichende Infragestellungen notwendig zu sein, wenn mit der Problematisierung der Corona-Pandemie als *Krise des Marktes* zugleich ein Beitrag zur Lösung der Klimakrise geleistet werden soll. Denn: Mit der Standardkritik des Kommodifizierungsdiskurses, sprich der Kritik an der irrtümlichen Behandlung von bestimmten Gütern als Waren, ohne den kapitalistischen Charakter von Märkten insgesamt kritisch zu befragen, können kaum Problemlösungen gefunden werden, die *radikal* genug sind, um mit ihnen zugleich das Problem der Klimakrise zu adressieren. Leichter fällt dies naturgemäß mit einer Problembeschreibung, die von vorneherein radikaler ist, insofern sie auf einer sozialontologischen Ebene unterhalb des Marktes ansetzt. Diese Problembeschreibung möchte ich im Folgenden diskutieren.

3. Die Corona-Pandemie als Krise der Arbeitsteilung

Wie stellen sich nun die oben genannten Probleme der Corona-Pandemie dar, wenn man sie als Ausdruck einer *Krise der Arbeitsteilung* zu beschreiben versucht? Dann erscheint der Fall der fehlenden Schutzkleidung nicht mehr als irr-

tümliche Kommodifizierung von strategischen Gütern, sondern als Ausdruck der globalen Arbeitsteilung, insbesondere der Arbeitsteilung zwischen China – als der Werkbank der Welt – und dem Westen. Das Problem mit den osteuropäischen Erntehelfern erscheint nicht mehr als die Folge einer unzureichenden Sonderbehandlung der Ware Arbeitskraft, sondern als Ausdruck einer Form der betrieblichen Arbeitsteilung, die das Wohlstandsgefälle in Europa ausnutzt; und das ›Krankenschwester-Problem‹ wird nicht mehr im Licht der Privatisierung des öffentlichen Gesundheitswesens betrachtet, sondern als Problem einer häuslichen Arbeitsteilung lesbar, die traditionellen Rollenmustern folgt. Die veränderten Problembeschreibungen erlauben nicht nur, andere und radikale Lösungsansätze zu formulieren, als dies im Rahmen des Kommodifizierungsdiskurses der Fall ist (dazu später mehr). Sie leiden auch nicht an dessen theoretischen Schwächen.

Während der Kommodifizierungsdiskurs in seiner Reflexion des Ökonomischen einer fetischisierten Perspektive verpflichtet bleibt, die an der sachlichen Gestalt des Ökonomischen abgeleitet, ermöglicht der Begriff der Arbeitsteilung es, die zugrunde liegenden gesellschaftlichen *Verhältnisse* in den Blick zu nehmen. Es wird möglich zu begreifen, dass die Art und Weise der häuslichen Arbeitsteilung in einem unmittelbaren Wechselverhältnis zur marktwirtschaftlichen Arbeitsteilung steht und dass die gesellschaftliche Arbeitsteilung (als Oberbegriff für das Zusammenspiel von häuslicher und marktwirtschaftlicher Arbeitsteilung innerhalb einer Volkswirtschaft) wiederum in einem Bedingungsverhältnis zur existierenden internationalen bzw. globalen Arbeitsteilung steht. Auf diese Weise wird sichtbar, dass hinter den einzelnen Corona-Problemfällen nicht eine irrtümliche Gebrauchsweise von einzelnen Gütern (als Waren) steckt, sondern gesellschaftliche Verhältnisse, die sich von der Mikro- (Haushalt) über die Meso- (Nationalstaat) bis zur Makro-Ebene (Welt) spannen und auch nur in dieser Gesamtschau adäquat analysiert werden können. Die häusliche Arbeitsteilung wird hierbei nicht ausgeblendet, wie im Kommodifizierungsdiskurs, sondern ist integraler Bestandteil der Analyse, wodurch die ideologische Gleichsetzung von Markt (sprich: männliche Erwerbsarbeit) und Wirtschaft aufgebrochen wird, wie dies vonseiten der feministischen Ökonomiekritik immer wieder gefordert wird (vgl. u. a. Gibson-Graham 2006). Der Wechsel von der sozialontologischen Ebene des Marktes auf die Ebene der Arbeitsteilung erlaubt nicht nur, die beiden theoretischen Schwächen des Kommodifizierungsdiskurses zu vermeiden, sondern ermöglicht es auch, die Kritik an unserer sozio-ökonomischen Lebensform radikaler zu formulieren, als dies im Rahmen des Kommodifizierungsdiskurses möglich ist.

Auf die Frage nach Sinn und Zweck von Arbeitsteilung hat Adam Smith eine Antwort gegeben, die bis heute nachwirkt: Arbeitsteilung dient dazu, dass der Wohlstand der Nation vermehrt wird. Das Argumentationsmuster ist bekannt: Arbeitsteilung führt zur einer Steigerung der Produktivität, die zu einer Reduktion der Herstellungskosten führt, was eine Verbilligung der Waren auf dem Markt bewirkt, sprich zu einem Anstieg der Konsummöglichkeiten der Bevölkerung, was Smith mit einer Steigerung des nationalen Wohlstands gleichsetzt (vgl. Smith 2005

[1776]: 96–98). Der Zusammenhang zwischen Arbeitsteilung und Steigerung des materiellen Reichtums erscheint dabei so evident, dass die Frage nach alternativen Zwecksetzungen lange Zeit sinnlos erschien. Erst unter dem Damoklesschwert des Klimawandels werfen TheoretikerInnen einer Postwachstumsgesellschaft die Frage auf, ob Arbeitsteilung nicht postmateriellen Zwecken dienen sollte und nach anderen Kriterien organisiert werden kann (vgl. z. B. Miegel 2012; Paech 2012). Doch welche anderen Normen und Kriterien stehen zur Verfügung?

Diese Frage kann an dieser Stelle natürlich nicht ausführlich diskutiert werden. Ich begnüge mich damit, drei Möglichkeiten zu skizzieren, wie man sich dieser weitreichenden Frage nähern könnte. Beispielsweise könnte man sich an der Idee orientieren, die sich bei Karl Marx (1968: 462f.; Marx/Engels 1969: 74–77) oder auch Charles Fourier (2012: 73–109) findet, nämlich dass der Sinn von Arbeitsteilung darin besteht, dem Individuum seine ›Selbstverwirklichung‹ zu ermöglichen; eine Form der Subjektivierung, die nicht mit jener ›Spezialisierung‹ verwechselt werden darf, welche die bürgerliche Gesellschaft von ihren Mitgliedern verlangt. Arbeitsteilung wird hier nicht nach ökonomischen, sondern nach ethischen Maßstäben beurteilt.

Allerdings darf bezweifelt werden, dass solch eine letztlich ›eudämonistische Reflexion‹ angebracht ist, um das Problem der Klimakrise zu adressieren. Angemessener wäre es vermutlich, jede Form von Anthropozentrismus zu vermeiden und das Miteinander von Mensch, Natur und Umwelt zum Ausgangspunkt der normativen Reflexion von wünschenswerten Formen der Arbeitsteilung zu machen. Eine Möglichkeit, die durchaus im Rahmen dessen liegt, was der Begriff der Arbeitsteilung zu denken erlaubt. Denn: Arbeitsteilung muss nicht ausschließlich als Kooperation zwischen Menschen oder als Kooperation zwischen Mensch und Maschine gedacht werden (was mit Blick auf die Digitalisierung der Arbeits- und Lebenswelt eindeutig eine theoretische Stärke ist), sondern kann auch dazu dienen, das Verhältnis zwischen Menschen, Dingen und Umwelt zu analysieren wie beispielsweise in der Tradition der antiken Oikos-Literatur (vgl. Audring/ Brodersen 2008). Die Norm, auf die man bei solch einer Reflexion zwangsläufig stößt, ist die Norm der ›Harmonie‹, die entsteht, wenn die wahre Ordnung der Dinge erkannt und realisiert wird. Dieses letztlich kosmologische Kriterium hat offensichtlich das Potenzial, um über Formen der Arbeitsteilungen und dazugehörigen Wirtschaftsformen in einer Weise nachzudenken, die dem Klimawandel in seiner ›kosmischen‹ Dimension gerecht wird (vgl. Biervert/Wieland 1992: 16). Man könnte beispielsweise fordern, gesellschaftliche Arbeit so zu teilen, dass darin der Natur und den Interessen aller beteiligten Akteure (also auch den Interessen von Dingen, Pflanzen und Tieren) Rechnung getragen wird und keine Arbeitsteilung vorgenommen werden darf, die eindeutig die Natur und Interessen daran beteiligter Akteure verletzt.

Wem solch eine ›kosmologische Reflexion‹ zu kitschig ist, kann die Norm von Arbeitsteilung auch rein pragmatisch bestimmen, nämlich an dem als oberste Priorität gesetzten Ziel, den Eintritt der Klimakatastrophe zu verhindern. Wie zu

Beginn der Corona-Pandemie alle politische Maßnahmen darauf ausgerichtet gewesen sind, die Ausbreitung des Virus zu verhindern, so könnte Politik beispielsweise nur noch jenen Grad und jene Formen von Arbeitsteilung erlauben, die mit der Einhaltung des Zwei-Grad-Ziels vereinbar sind. Das würde nicht nur bedeuten, dass der Grad an gesellschaftlicher Arbeitsteilung insgesamt reduziert wird, um auf diese Weise den Ressourcenverbrauch zu reduzieren, sondern auch, dass Arbeitsteilung immer erst lokal, dann national, dann global erfolgt, um den Energieverbrauch für Transport und Mobilität zu senken.³ Solch eine ›pragmatische Reflexion‹ ist weder anthropozentrisch (wie die eudämonistische Reflexion) noch kitschig (wie die kosmologische Reflexion), hat aber den Nachteil, relativ wenig gegen ihre Vereinnahmung durch autoritäre Politik ausrichten zu können.⁴

Um an dieser Stelle keine Missverständnisse aufkommen zu lassen: Mir geht es weder darum, eine der genannten Reflexionsformen vor den anderen auszuweisen, noch irgendwelche konkreten Maßnahmen zur Problemlösung der Corona- und der Klimakrise zu befürworten, sondern einzig und allein um den Nachweis, dass mit Rückgriff auf den Begriff der Arbeitsteilung über eine radikale Transformation unserer sozio-ökonomischen Lebensform nachgedacht werden kann. Die Corona-Pandemie *als Krise der Arbeitsteilung* zu problematisieren, eröffnet einen theoretischen Horizont, in dem wir nicht nur über die zukünftigen Grenzen des Marktes nachdenken können, sondern auch darüber, wie wir in Zukunft die Grenzen der Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern, zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern, zwischen reichen und armen Ländern, zwischen Mensch und Natur gestalten wollen. Welche Rolle die Institution des Marktes dabei spielt, hängt davon ab, für welche Grenzziehungen der Arbeitsteilung wir uns entscheiden. Festzustehen scheint, dass die naturwüchsige Arbeitsteilung, so wie sie in kapitalistischen Marktwirtschaften stattfindet (Arbeit wird so lange geteilt, wie dies notwendig bzw. lohnenswert ist, um unter Wettbewerbsbedingungen Profite erwirtschaften zu können), von einer bewussten Arbeitsteilung abgelöst werden *muss*, wenn wir verhindern wollen, dass aus der gegenwärtigen Klimakrise eine Klimakatastrophe wird. Wir sollten damit anfangen, uns darüber Gedanken zu machen, welche nachhaltigen Formen von Arbeitsteilung wir normativ wünschenswert finden und wie sich die Corona-Pandemie nutzen lässt, um solchen Formen der Arbeitsteilung den Weg zu bereiten.

3 Eine Ahnung davon, wie dies aussehen könnte, hat man zu Beginn der Corona-Krise bekommen, als die gesellschaftliche Arbeitsteilung auf das unbedingt notwendige Niveau der Daseinsvorsorge (Lebensmittel, Verkehr, Verwaltung, Gesundheit) heruntergefahren wurde und die globalen Lieferketten weitgehend zum Erliegen gekommen sind. Vor diesem Hintergrund bietet sich die erneute Lektüre von Johann Gottlieb Fichtes Vision eines geschlossenen Handelsstaates an (vgl. Fichte 1979).

4 Die Gefahr, dass sich autoritäre Politik als effektive Form der Bewältigung des Klimawandels und der damit einhergehenden politischen Herausforderungen (Migration, Kampf um knappe Ressourcen etc.) behauptet, steht im Raum.

4. Fazit

Die Ausdehnung des Marktes hängt unmittelbar mit der Ausdehnung von Arbeitsteilung zusammen. Dies wurde von so unterschiedlichen Denkern wie Adam Smith und Wladimir Iljitsch Lenin festgestellt (vgl. Smith 2005 [1776]: 101; Lenin 1977: 91f.). Die Grenzen des Marktes und die Grenzen der Arbeitsteilung sind konstitutiv aufeinander bezogen. In diesem Sinne bietet auch der Kommodifizierungsdiskurs eine Reflexion über die Grenzen der Arbeitsteilung, vermittelt über die Reflexion auf die Grenzen des Marktes, so wie der Diskurs über die Grenzen der Arbeitsteilung Aussagen über die Grenzen des Marktes beinhaltet.

Der entscheidende Unterschied besteht darin, dass ein Diskurs über die Grenzen der Arbeitsteilung die Institution des Marktes selbst zum Gegenstand der Kritik machen kann, während der Kommodifizierungsdiskurs nur die Grenzüberschreitung des Marktes kritisieren kann, seine normale Funktionsweise nicht problematisiert und somit die prinzipielle Frage nach dem Sinn von Arbeitsteilung nicht stellen kann. Im Kommodifizierungsdiskurs steht fest, dass Sinn und Zweck der Arbeitsteilung darin besteht, Reichtum zu erzeugen. Gegenüber den Apologeten des grenzenlosen Marktes kann daher nur eingewendet werden, dass die Steigerung des Wohlstands nicht das *einzige* Ziel des gesellschaftlichen Zusammenlebens ist, sondern eine Norm, deren Realisierung nicht auf Kosten anderer, relevanter Normen gehen darf. Welche Normen hierbei ins Feld geführt werden (ob Gerechtigkeit, Gleichheit oder Freiheit), hängt maßgeblich von der theoretischen Tradition ab, in welcher die Theoretiker des Kommodifizierungsdiskurses stehen. Was sie allesamt teilen, ist die Einschätzung, dass der Markt ein notwendiger Bestandteil moderner Gesellschaften ist und somit die naturwüchsige Aufteilung der gesellschaftlichen Arbeit durch den Markt, zumindest in weiten Teilen, gerechtfertigt ist.

Dadurch wird die normative Reflexion bezüglich des nichtökonomischen Sinns von Arbeitsteilung blockiert. Gerade diese Frage müssen wir aber stellen, wenn wir eine Gesellschaft denken wollen, die nicht mehr der Logik von Wachstum und der Vermehrung materiellen Wohlstands folgt. Dass die Probleme der Corona-Krise irgendwie bewältigt werden, steht außer Frage. Was infrage steht, ist, ob die Bewältigungsstrategien ausreichen werden, um die drohende Klimakatastrophe zu verhindern.⁵

Literaturverzeichnis

- Audring, G./Brodersen, K. (2006): *Oikonomia. Quellen zur Wirtschaftstheorie der griechischen Antike*, Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft.
- Anderson, E. (1993): *Value in Ethics and Economics*, Cambridge: Harvard University Press.

5 Ich bedanke mich bei den GutachterInnen für ihre hilfreichen Anmerkungen und Kommentare.

- Biervert, B./Wieland, J.* (1992): Gegenstandsbereich und Rationalitätsform der Ökonomie und der Ökonomik, in: Biervert, B./Held, K./Wieland, J. (Hrsg.): Sozialphilosophische Grundlagen ökonomischen Handelns, Frankfurt: Suhrkamp, 7–32.
- Dewey, J.* (2002): Die Theorie der Forschung, Frankfurt/Main: Suhrkamp.
- Fichte, J. G.* (1979): Der geschloßne Handelsstaat, Hamburg: Meiner.
- Federici, S.* (2012): Aufstand aus der Küche: Reproduktionsarbeit im globalen Kapitalismus und die unvollendete feministische Revolution, Münster: Edition Assemblage.
- Fourier, Ch.* (2012): Über das weltweite soziale Chaos. Ausgewählte Schriften zur Philosophie und Gesellschaftstheorie, Berlin: Akademie Verlag.
- Gibson-Graham, J. K.* (1996): The End of Capitalism (As We Knew it). A Feminist Critique of Political Economy, Minneapolis: University of Minnesota Press.
- Jaeggi, R.* (2014): Kritik von Lebensformen, Berlin: Suhrkamp.
- Lenin, W. I.* (1977): Zur sogenannten Frage der Märkte, in: Werke. Band 1, Berlin: Dietz, 65–117.
- Marx, K.* (1968): Auszüge aus James Mills Buch »Éléments d'économie politique«, in: Marx, K./Engels, W.: Werke. Band 40, Berlin: Dietz, 443–463.
- Marx, K.* (1969): Das Kapital. Kritik der Politischen Ökonomie. Erster Band, Berlin: Dietz.
- Marx, K./Engels, F.* (1969): Die deutsche Ideologie, in: Marx, K./Engels, W.: Werke. Band 3, Berlin: Dietz, 9–567.
- Miegel, M.* (2012): Exit. Wohlstand ohne Wachstum. Berlin: List.
- Paech, N.* (2012): Befreiung vom Überfluss. Auf dem Weg in die Postwachstumsökonomie, München: Oekom.
- Radin, M.* (1996): Contested Commodities, Cambridge: Harvard University Press.
- Read, R./Alexander, S.* (2020): Diese Zivilisation ist gescheitert, Hamburg: Meiner.
- Satz, D.* (2010): Why Some Things Should Not Be for Sale. The Moral Limits of Markets, Oxford: Oxford University Press.
- Sandel, M.* (2012): Was man für Geld nicht kaufen kann. Die moralischen Grenzen des Marktes, Berlin: Ullstein.
- Smith, A.* (2005): Untersuchung über Wesen und Ursachen des Reichtums der Völker, Tübingen: UTB.
- Walzer, M.* (2006): Sphären der Gerechtigkeit: Ein Plädoyer für Pluralität und Gleichheit, Frankfurt/Main: Campus.
- Waring, M.* (1989): If Women Counted: A New Feminist Economics, London: Macmillan.